



Bericht des UN Klimasekretariats zu den nationalen Klimaschutzzusagen für Paris vorgestellt

Bericht des UN Klimasekretariats zu den nationalen Klimaschutzzusagen für Paris vorgestellt
Die Exekutivsekretärin des Klimasekretariats, Christiana Figueres, und der Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, haben heute in Berlin den Synthesebericht der UNFCCC für den Klimagipfel in Paris vorgestellt. Der Bericht wertet die nationalen Klimaschutzzusagen (INDCs) aus, die 146 Länder bis zum 1. Oktober 2015 für die Internationalen Klimaverhandlungen in Paris eingereicht haben. Dem Dokument zufolge liegen die Minderungsmaßnahmen um das Vierfache über dem Niveau der Selbstverpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll von 1997. Allerdings reichen sie zusammen genommen noch nicht aus, um die klimabedingte Erderwärmung bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf zwei Grad zu begrenzen.
Jochen Flasbarth: "Mittlerweile haben über 150 Länder ihre klimapolitischen Maßnahmen vorgelegt. Das sind über drei Viertel aller Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention. Sie bringen damit zum Ausdruck, dass sie ihre wirtschaftliche Entwicklung und ihre Treibhausgasemissionen voneinander entkoppeln wollen. Das muss und kann auch gelingen."
Der UN-Bericht zeige, dass die ganz große Mehrheit der Länder den Klimaschutz ernst nehmen und an einer globalen Trendwende mitwirken wolle, sagte Flasbarth. Deutlich werde aber auch, dass die Klimaschutzanstrengungen weltweit von allen großen Emittenten noch erhöht werden müssen, um einen unbeherrschbaren Klimawandel wirklich abzuwenden. "Die bisher vorgelegten Maßnahmen können nach Berechnungen unabhängiger Experten zu einer Begrenzung der Erderwärmung auf 2,7 Grad beitragen. Wir dürfen deshalb nicht nachlassen, den Anstieg der Erderwärmung auf zwei Grad, besser noch auf unter zwei Grad, zu begrenzen."
UNFCCC-Exekutivsekretärin Christiana Figueres sagte: "Die nationalen Klima-Aktionspläne markieren einen klaren, entschlossenen Aufbruch der internationalen Gemeinschaft in eine neue Ära anspruchsvoller Klimapolitik. Regierungen aus allen Enden der Welt haben mit ihren national bestimmten Klimazielen ihre Entschlossenheit ausgedrückt, je nach den Umständen und Fähigkeiten ihres Landes ihren Beitrag zu leisten"
Das Bundesumweltministerium hat über die Internationale Klimaschutz-Initiative (IKI) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit etwa 40 Entwicklungsländer dabei unterstützt, ihre nationalen Klimaschutzbeiträge zu entwickeln.
Weitere Informationen:
Link zum INDC-Bericht: www.bmub.bund.de/N52442 www.bmub.bund.de/service/livestream-bmub <http://www.international-climate-initiative.com/de>
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: presse@bmub.bund.de

Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

presse@bmub.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.